Willensnation Schweiz erhalten!

1. August 2008, Basel - Rede von Rudolf Keller, e. Nationalrat SD

Liebe Patriotinnen und Patrioten

717 Jahre sind es bereits her. 1291 wurde unsere Schweizerische Eidgenossenschaft gegründet. Das ist an und für sich schon eine riesige und positive Leistung. 717 Jahre Schweiz und es gibt unser Land noch immer! Für uns ist der 1. August der höchste weltliche Feiertag unseres Landes. Der Geburtstag, unser Nationalfeiertag ist arbeitsfrei, weil wir Schweizer Demokraten dies in der Bundesverfassung verankert und mit einer Eidgenössischen Volksinitiative auch gegen die SVP-Stimmen erkämpft haben. Nicht alle wollen feiern. Da gibt es auch die Internationalisten, die Miesmacher, die Zerstörer. Und die sind fleissig am Werk. Momentan geistert wieder so ein Machwerk von einem Buch eines destruktiven Schreiberlings in der Literaturlandschaft herum. Er behauptet, dass die Gründung unserer Eidgenossenschaft 1291 gar nicht stattgefunden habe. Kein Rütlischwur und wohl auch kein Bundesbrief. Obwohl wir alle diesen Brief im Bundesbriefarchiv von Schwyz schon gesehen haben. Es ist so, dass es sehr viele Beweise, Hinweise und Ueberlieferungen gibt, welche das Jahr 1291 im Zusammenhang mit unserer Staatsgründung fundiert belegen! Was wollen solch destruktive Schreiberlinge eigentlich? Was sind deren negative Beweggründe, die sie zu solchem Tun unter dem Siegel der so genannten Wissenschaftlichkeit veranlassen? - Ich denke, dass es solchen Leuten um Internationalismus und Multikulturalismus geht. Es ist das Ziel solcher Typen, uns das Fundament unseres Staatswesens zu nehmen, uns den Boden unter den Füssen wegzuziehen und den Versuch zu machen, uns heimatlos werden zu lassen. Wir sollen aufgehen in einer heilen vereinten Welt. Vermutlich träumen solche Leute sogar von einer "friedlichen Welt", in der alle liebevoll miteinander umgehen. Da haben sie die Rechnung aber ohne den Menschen, so wie er an sich ist, gemacht. Schauen wir uns doch in der angeblich so friedlichen Welt um. In vielen Regionen und Ländern herrscht Krieg, Mord und Totschlag. Korruption, Vetternwirtschaft und Ausbeutung sind an der Tagesordnung. Ueberall wohnen Neid, Missgunst und Habgier. Es wurde uns ja in diesen Tagen wieder vorgeführt. Mit dem Instrument der WTO, der Welthandelsorganisation, soll die Welt wirtschaftlich und schlussendlich politisch sogenannt liberalisiert werden. Zölle abbauen, überwinden, einfach alles niederreissen, das ist ihr Ziel. Sämtliche Mauern und Schranken, auch die vielen guten und sinnvollen Grenzen, die es gibt - einfach alles wegputzen wollen sie. Es ist aber erfreulich, dass es immer wieder neue und starke Gegenbewegungen gibt, die sich solchen Ansinnen erfolgreich entgegenstemmen. Auf politischer Ebene sind es Vertreter von Nationalstaaten, die noch national anstatt global denken können. Und vor allem leisten auch die Bauern alücklicherweise Widerstand gegen die Internationale des Kapitalismus. Landesinteresse steht also bei vielen Menschen noch vor international unbeschränktem Handeln. Darum ist es äusserst positiv, dass diese Woche die Welthandelsgespräche gescheitert sind. Unsere Landwirtschaft hätte mit den Weltregeln kaum mehr leben können. Dennoch bedauert es Bundesrätin Doris Leuthard, dass diese Freihandels-Gespräche gescheitert sind. Das zeigt auf, wessen Geistes Kind sie ist. Die Wirtschaft soll Vorrang vor der Landwirtschaft haben. Aus unserer nationalen Sicht gesehen, muss aber die Landwirtschaft, der Schutz haben. Bauern, Vorrang Und zuoberst muss Nahrungsmittelprodution stehen! Arbeitet dies Bundesrätin Leuthard noch im Landesinteresse? Ist eine solche Person als Bundesratsmitglied überhaupt noch tragbar?



Sport setzt nationale Zeichen

Der Sport setzt andere Zeichen! Das müssen auch all jene anerkennen, welche mit Sport nichts am Hut haben. Auch wenn es nur eine Fussball-Europameisterschaft ist, wo es nur um den Sieg der Mannschaft aus einem Land geht, wo die Nationalhymne wieder zelebriert wird, wo sich Oranjes plötzlich wieder als starke holländische Nation finden, wo die Tifosis - trotz EU - wieder stolze Italiener sind und die Deutschen wie eh ihrem Urtrieb nachgehen können, der Sport setzt nationale Zeichen. Mit einem Schlag ist all dieses EU-Getue, der Multikultiwahn und der Welthandel wieder weg vom Fenster. Wir werden es in den kommenden Tagen auch an den Olympischen Spielen abermals vorgeführt bekommen. Es mag wohl Politiker und sonstige Schreiberlinge geben, die vom Vereinten Europa reden und träumen. Sie werden aber immer wieder vom Nationalismus eingeholt. Nationalismus ist nicht totzukriegen – auch wenn uns die Internationalisten immer wieder das Gegenteil in die Köpfe einzuhämmern versuchen. Diese Woche musste ich lachen, als ein Radiojournalist doch allen Ernstes behauptete, dass der serbische Nationalismus am Verschwinden sei. Sie haben wohl einen serbischen Führer gefasst, sie verfrachten ihn an ein sogenanntes Völkerrechtsgericht, sie werden diesen Mann verurteilen - es wird ihnen aber nie gelingen, den Serben ihr Serbentum wegzunehmen. Und sie werden auch nie aus dem korrupten serbischen Landesteil Kosovo ein eigenständiges Land machen können. Da nützt auch die völkerrechtswidrige Anerkennung durch unseren Bundesrat und Frau Calmy-Rey nichts - Provinz bleibt Provinz eines Landes. Man kann nicht jemandem etwas wegnehmen und es dann später als neues Gebilde zu legalisieren versuchen. Genau gleich ist es mit dem internationalen Gerichtshof. Dieser hat es so an sich, dass nur einseitig geurteilt wird. In diesem serbischen Fall werden die Greueltaten der anderen vorwiegend muslimischen Seite einfach beiseite geschoben, wie wenn es diese nie gegeben hätte. Es gibt nämlich auf beiden Kriegs-Seiten Massengräber. Aber ich bin sicher und zuversichtlich, dass auch diese Justiz den Nationalismus nicht und nie besiegen können wird. Nun, ich vermische hier Innenpolitik mit Aussenpolitik. Ich kann gar nicht mehr anders. Wenn man den völkerrechtlich leider nicht mehr neutralen Aktionismus unseres Bundesrates verfolgt, bleibt auch uns nichts anderes übrig, als diese Dinge aus unserer Sicht zu kommentieren und einzuordnen. Der Bundesrat ist aktiv daran, unsere Glaubwürdigkeit als Land und neutraler Vermittler kaputt zu **machen.** Es ist traurig, dies mitansehen zu müssen!

Nationalismus hat Zukunft

Wir glauben an unseren schweizerisch und demokratisch geprägten Nationalismus. Und niemand darf und wird uns dieses Glaubens berauben. Denn im Nationalismus steckt eine tiefe natürliche und starke Kraft.

- · Nationalismus fusst auf Identität.
- Nationalismus hat Wurzeln.
- Nationalismus ist Heimat!

Und diese Heimat lassen wir uns auch von den Politikerinnen und Politikern der bürgerlich-linken Schweizer Regierungskoalition nicht nehmen. Davon bin ich zutiefst überzeugt, auch wenn mein Gesagtes nun wahrscheinlich auf direktem Weg in meiner Staatsschutz-Fiche landet. Wir haben in unserem Lande einen sehr speziellen Nationalismus entwickelt. Es ist im Gegensatz zu vielen andern Ländern nicht ein ethnischer Nationalismus, sondern ein Willensnationalismus. Dieser beruht auf vier verschiedenen Sprachen und Kulturen, die sich zu einer Nation – unserer Schweiz – zusammengefunden haben. Das Deutschsprachige, das Französischsprachige, das Italienischsprachige und das Rätoromanischsprachige ist in diesem Willensnationalismus vereint worden hin zu einer Nation Schweiz. Und dies ist – trotz vieler Einbürgerungen und einer sehr weitgehenden Ueberfremdung unseres Landes noch immer tief verwurzelt in weiten Teilen unserer Bevölkerung.



Unser SD-Parteiprogramm fusst auch auf diesem Nationalismusverständnis. Deshalb wollen wir Schweizer Demokraten als Partei von den völkischen Nationalisten in andern Ländern auch nichts wissen. Die haben ein ganz anderes Nationalismusverständnis. Wer als deutscher Nationalist beispielsweise eine deutsche Nation anstrebt, will, dass darin alles Deutsch ist und spricht. Da hat dann beispielsweise ein französischsprachiger Landesteil wie wir ihn in unserem Lande keinen haben Platz. Dieser tief verwurzelte schweizerische Willensnationalismus ist der Grund, weshalb die völkischen Nationalisten in unserem Lande mit ihren Parolen nicht ankommen. Unsere Bevölkerung denkt sehr sehr weitgehend willensnationalistisch wie wir von den Schweizer Demokraten. Schweizer sind nicht völkisch, das widerspräche unserer Geschichte und Tradition.

National sein heisst sozial denken.

Nationalismusverständnis fusst demokratisches auf solidarischen Gemeinschaft. Nationalismus hat deshalb auch eine wichtige soziale Komponente als Grundhaltung. Und wir als Partei haben dies auch, wenn wir beispielsweise für höhere AHV-Renten eintreten oder der Meinung sind, dass es neben einem Schutz für die Hausbesitzer auch einen guten Mieterschutz braucht. Wir fordern auch den vollen Teuerungsausgleich für alle. Den haben wir heute nicht mehr. Die soziale Komponente zeigt sich bei einem guten Nationalisten auch darin, dass er für Kinderzulagen eintritt. Und wir haben ja dieser Tage die erfreuliche Nachricht vernehmen dürfen, dass wieder mehr Kinder von einheimischen Menschen geboren werden. Das passt alles zusammen, das gehört so in unser Weltbild. In solchen Fragen heben wir uns deshalb auch fundamental von der FDP, der CVP oder der SVP ab, die allesamt rein kapitalistische Ziele verfolgen, welche der obigen Grundhaltung zuwider laufen. Und manchmal machen sogar die SP und die Grünen in diesem FDP, CVP, SVP Konzert mit.

National sein heisst ökologisch denken.

Es gilt weiter, auch unseren Boden zu schützen. Wer so wie wir Schweizer Demokraten für seine Heimat eintritt, muss auch vermehrt zu seiner Umwelt Sorge tragen. Denn wir haben nur eine Heimat, die man beispielsweise nicht so stark überbauen darf, dass sie als Nahrungsmittelbeschaffungs-Grundlage und als Erholungsraum für unsere Einwohnerinnen und Einwohner kaputt geht. Und folgedessen ist es nur logisch, dass wir als schweizerische Nationalisten im Gegensatz zur SVP, zur FDP und zur CVP gegen den Ausverkauf der Heimat, also gegen die weitere Ueberbauung und Zubetonierung unseres Landes, gegen den Verkauf von Gründstücken und Häuser an steinreiche Ausländer ankämpfen.

SD anders als SVP!

Weil wir uns in solchen Fragen fundamental von den bürgerlichen Parteien und auch von der SVP unterscheiden, wird es der SVP auf Dauer nicht gelingen, eine politische Heimat für national denkende Leute zu sein. Die SVP wird immer wieder eingeholt von ihren extremkapitalistischen und antinationalen Positionen, wie wir sie momentan erleben rund um die Frage der Personenfreizügigkeit mit der EU. Die SVP zeigt da ihr wahres Gesicht und steht für den freien Personenverkehr mit der EU ein, weil sie mit diesen Leuten, die ins Land geholt werden, grosse Geschäfte machen will. Ich bin davon überzeugt, dass der politische SVP-Spagat zwischen Nationalismus und Kapitalismus misslingen wird. Der SVP liegt Wachstum ohne Rücksicht auf die Schäden, welche damit angerichtet werden näher als eine solidarische, soziale und ökologische fundierte Politik wie wir Schweizer Demokraten es als national denkende Leute vertreten. Und wer diese grundlegenden inhaltlichen Unterschiede nicht erkennt und anerkennt, ist im übrigen in unserer Partei schlicht fehl am Platz.



Willensnation Schweiz auf unbegrenzte Zeit

Wir Schweizer Demokraten sind vom absoluten Willen getragen, die Schweiz als freie, lebensfähige und unabhängige Willensnation auf unbegrenzte Zeit zu erhalten. Wirtschafts-, Gesellschafts- und Einwanderungspolitik müssen dem Ziel dienen, einen gesunden, stabilen und sozialen Lebensraum als Heimat für unser Schweizervolk zu schaffen. Und dazu gehört auch die Bewahrung unserer Neutralität. Die heute Regierenden missachten dies in sträflicher Art und Weise. Ihre Politik ist so ausgelegt, dass wir immer Stellung beziehen müssen für oder gegen etwas. Und das schränkt unsere Handlungsfreiheit als Land sehr stark ein. Es bleibt festzuhalten, dass wir während vielen vielen Jahren mit unserer Neutralität sehr gut gefahren sind. Weshalb also ein solch erfolgreiches Modell aufgeben? Unser Land soll als Modell eines föderativen Staatenbundes bei grosser Mitsprache des Volkes auf allen politischen Ebenen in der Form der direkten Demokratie erhalten bleiben. Dafür müssen wir auch vermehrt kämpfen. Und wir sollen dafür einstehen, dass wir sagen und schreiben dürfen, was wir denken. Leider ist dies heute nicht mehr in allen Situationen so. Freiheit und Demokratie gehören zusammen. Und die demokratischen Volksrechte stehen über allem. Es gibt nach unserer Meinung also keine Scheinreferenden, wie es uns die SVP in Inseraten weis machen will. Es existiert nur und einzig das Recht des Volkes, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Und das tun wir momentan mit der Ergreifung des Referendums gegen den freien Personenverkehr mit der EU. Was ist denn diese Personenfreizügigkeit, welche neuerdings sogar von den SVP-Umfallern **und Opportunisten** gutgeheissen wird?

So funktioniert die Personenfreizügigkeit

In Deutschland kann man bereits jetzt hautnah miterleben, wie katastrophal sich für die Deutschen diese Personenfreizügigkeit mit den neuen Ost-EU-Ländern auswirkt. Innert kurzer Zeit haben tausende ihre Arbeitsplätze an Polen und Arbeitskräfte aus anderen Ost-EU-Ländern verloren. Im Metzgergewerbe rechnet man mit tausenden von Deutschen und lange ansässigen Ausländern, welche ihre Stelle verloren haben und durch Billigstarbeiter ersetzt wurden. Noch mehr Deutsche haben im Baugewerbe, im Verkauf und im Gastgewerbe so ihre Arbeit verloren. Und die arbeitslosen Deutschen pilgern nun bereits in die Schweiz. Unsere Statistiken zeigen auf, dass nebst immer mehr Portugiesen auch immer mehr verdrängte Deutsche auf unseren Markt streben. Die Deutschen dominieren immer mehr unseren schweizerischen Arbeitsmarkt. In Deutschland werden unter dem Titel "Leben und Arbeiten in der Schweiz" Jobbörsen organisiert. So exportiert man die Arbeitslosigkeit in die Schweiz. Wer hier auch wieder arbeitslos wird, fällt definitiv unserem feudalen Schweizer Sozialsystem zur Last. Jeder EU-Osteuropäer der aufgrund der Personenfreizügigkeitsabstimmung zu uns kommt, hat Anspruch auf Schweizer Sozialleistungen. Er erhält abgestuft Arbeitslosengeld, Invalidenrente, Krankentaggeld oder Ergänzungsleistungen. selbstverständlich nach Schweizer Standart krankenversichert. Auch seine Familie in der Heimat. Das sehen die Verträge mit der EU so vor. Nicht bei jeder Sozialhilfeart gibt es Wartefristen, manche Leistungen werden sehr schnell fällig. Es braucht nur jemand zu kommen und einige Monate hier zu arbeiten, dann wird er arbeitslos und schon bringen wir ihn nicht mehr los. Dies ist alles in 2 EU-Verordnungen von über 300 Seiten geregelt. Unsere Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden das aber nie zu lesen bekommen. Stimmen wir zu, gelten sie auch zwischen unserem Land und allen Ost-EU-Ländern. Und kaum einer unserer lieben Volksvertreter in Bern kennt diese EU-Verordnungen so richtig! Zum Beispiel wird die Aufenthaltsbewilligung nach 5 Jahren in eine unbefristete Niederlassungsbewilligung umgewandelt, selbst wenn diese Leute Sozialhilfe beziehen oder arbeitslos sind. Wir haben es wirklich mit einer Zuwanderung zum Sozialsystem zu tun, wie dies noch vor 3 Jahren auch die SVP sagte – heute stützt



sie die gegenteiligen Aussagen. Beispielsweise erhalten EU-Erwerbstätige, welche ihre Familie in unser Land holen, wenn sie deren Lebensunterhalt nicht finanzieren können, Sozialhilfe. Und alle, die in der Schweiz arbeiten, müssen sich gegen Krankheit und Unfall versichern. Dies gilt selbst dann, wenn die Familie im Heimatland verbleibt. Und selbstverständlich haben EU-Ausländer mit kleinen Löhnen Anspruch auf Krankenkassen-Prämienverbilligung. Das ist Sozialismus à la SP oder sozialliberale Familienpolitik à la CVP! Haben Sie das alles gewusst? Weiss das unser Volk? Und weshalb betrügt nun plötzlich die SVP ihre Wählerinnen und Wähler und macht da mit? Die Wirtschaft und unsere Regierungsparteien-Politiker holen diese Leute ins Land. Gleichzeitig jammern sie, dass es unseren Sozialwerken immer schlechter gehe. Wundern wir uns noch darüber? Wir nicht und sammeln deshalb Unterschriften dagegen. Denn die Dummen sind wir braven kleinen und mittleren Steuerzahlenden, die immer mehr grosse Soziallasten zu finanzieren haben. Der Mittelstand wird so ausgeblutet. Faktisch laufen diese Regelungen zwischen der EU und der Schweiz darauf hinaus, dass EU-Ausländer einen Rechtsanspruch auf Einwanderung in unser Land erhalten. Und zudem wissen wir, dass heute über 40% der Einwanderer in unser Land Nichterwerbstätige Familienangehörige sind (Stichwort Familiennachzug), beispielsweise unseren Kindern in den Schulen das Leben und Lernen schwer machen. Deshalb sinkt und sinkt auch unser Schulniveau kontinuierlich ab. Schon einige wenige tausende bei uns arbeitende EU-Ausländer bringen also einige tausend Leute mit, die im wirtschaftlichen Sinne nicht produktiv sind. Dies sind nur ist für unser bereits Kostenverursacher. Das stark übervölkertes, überfremdetes, überbautes und überindustrialisiertes Land eine schlimme Entwicklung. Und eben – nachher fehlt uns noch genügend Geld für unsere AHV! Mit diesen Verträgen machen wir einen Schritt in Richtung EU-Mitgliedschaft. Ich denke, dass die Regierenden das auch so sehen - nur sagen tun sie es dem Volke wohlweislich nicht. Sie lügen uns lieber an...

EU-Beitrittsgesuch hängig

Das EU Beitrittsgesuch ist noch immer hängig. Hat man eigentlich schon vergessen, dass Frau Calmy-Rey erklärt hat (Zitat) "Indem wir die Bilateralen Beziehungen zur EU intensivieren, können wir den Boden für den EU-Beitritt bereiten." (Ende Zitat) Und Moritz Leuenberger erklärte (Zitat) "Je mehr Hürden wir abbauen, desto selbstverständlicher kann der EU-Beitritt später vollzogen werden." (Ende Zitat). Von Pascal Couchepins Vorbundesratszeit ist auch bekannt, dass er der EU beitreten möchte und Adolf Ogi erklärte seinerzeit den EWR-Beitritt als das "Trainingslager für den EU-Beitritt". Das bundesrätliche EU-Beitrittsgesuch ist ja schon lange in Brüssel deponiert. Und der Bundesrat weigert sich immer wieder standhaft, weil er in alten Clichés festgefahren ist, es endlich zurückzuziehen. Wir aber fordern den sofortigen Rückzug dieses EU-Beitrittsgesuches. Ein EU-Beitritt passt nicht mehr in unsere heutige, moderne Welt! Mit Fug und Recht dürfen wir also behaupten, dass wir einen eigentlichen EU-hörigen Bundesrat haben. Eine Gruppe alter, rückwärtsgewandter EU-phober Politiker, welche uns in die EU lotsen wollen. Sie lügen uns an, weil sie nicht mehr zu Ihren EU-Beitrittsaussagen stehen wollen. Sie versuchen, ihre EU-Sprüche so gut wie möglich vergessen zu machen. Wir aber stellen fest: Gesagt ist gesagt – das gilt auch für Bundesrats-mitglieder! Und in die EU wollen wir, will unser Volk nicht!

Die EU steckt knietief in Problemen

Wir leben in einer Phase, wo die EU in einer tiefgreifenden politischen, sozialen, gesellschaftlichen und **arbeitsmarktlichen Krise** steckt. Es kommt nicht von ungefähr, dass die mächtigen EU-Länder Frankreich und Holland die neue EU-Verfassung deutlich abgelehnt haben. Und Irland hat kürzlich zum leicht veränderten Vertrag ebenfalls demokratisch Nein gesagt! Daraus sollten wir Schweizerinnen und



Schweizer unsere Lehren ziehen. Denn der umfassende Binnenmarkt funktioniert nicht. Zu gross sind die sozialen Unterschiede zwischen Nord und Süd und West und Ost. Die EU ist drauf und dran, Sarkozy hin oder her, auseinander zu fallen. Auch die EU-Währung EURO ist nicht so stark, wie man sich das erhofft hatte. Wie schön und vorteilhaft ist es für uns Schweizer und die Engländer, dass wir unsere nationalen Währungen beibehalten haben. Sehen wir uns doch die EU-Länder an: Denen geht's mit dem EU-Binnenmarkt und der EU-Ost- Personenfreizügigkeit nicht besser, sondern von Jahr zu Jahr schlechter! Die massiv hohen Arbeitslosenzahlen lassen grüssen. Man könnte es auch anders formulieren: Experiment EU gescheitert! Das "Schweizerische Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)" hat am 1. Juli 2005 geschrieben, dass die weltwirtschaftlichen und europäischen Rahmenbedingungen immer schlechter würden. (Zitat): "Die Konjunktur verläuft im Euro-Raum schleppend, und die in den letzten Monaten gesunkenen Frühindikatoren deuten nicht auf eine unmittelbar bevorstehende Wende zum Besseren hin." (Ende Zitat) Diese Situation hat sich in den letzten Monaten des Jahres 2008 eher noch verschärft. Also, was sollen diese hohlen Sprüche unserer unterwürfigen Politiker und Wirtschaftsführer, wonach für uns aus der EU heraus Wachstum zu erzielen sei. Da ist ausser Verlust für uns nichts zu holen. Polen 16% Arbeitslose, Tschechien 8% Arbeitslose, Ungarn 5% Arbeitslose, Slowakei 17% Arbeitslose, Litauen 10% Arbeitslose, Lettland 9% Arbeitslose, Slowenien 5% Arbeitslose, Estland 9% Arbeitslose, Malta 6% Arbeitslose und Zypern 3% Arbeitslose. Wir sind bei uns in der Schweiz bei fast 3% offizieller Arbeitslosigkeit. Allerdings sind unsere Statistiken genau und ausgefeilt. Es ist zu vermuten, dass in diesen Ost-EU-Ländern vor allem auf dem Lande die Arbeitslosen-Dunkelziffer noch sehr sehr hoch, viel höher ist. Bei solchen Arbeitslosenverhältnissen sagen sich viele Leute aus der Ost-EU, dass es bei uns mehr zu verdienen gibt als in ihren Heimatländern. Also was liegt näher, als in der schönen Schweiz und in der westlichen EU mal sein Glück zu versuchen. weiss, Ost-EU-Ländern Wenn man zudem noch dass in den Jugendarbeitslosigkeit bei durchschnittlich über 15% liegt, dann sollten wir doppelt vorsichtig sein. Auf jeden Fall lösen sich da die dummen Sprüche der Befürworter in Schall und Rauch auf, wenn die unseren Jungen versprechen, sie könnten dann im EU-Ausland arbeiten oder studieren gehen. Das ist nur für die allerwenigsten überhaupt möglich bei diesen enorm hohen Arbeitslosenzahlen in der EU! Von den "Bilateralen Verträgen" profitiert nicht das Volk, sondern nur einige wenige Spitzenmanager und Politiker, denn so kann die Managerkaste die Arbeitenden wie Schachfiguren in Europa herumschieben und selbst abkassieren. Oder haben Sie etwas von den fetten Gewinnen der grossen Firmen abbekommen? Manche von uns bekommen nicht einmal die Teuerung ausgeglichen! Vertragliche Übergangsfristen und kurzfristige Schutzklauseln von ein paar Jahren nützen da unserem Lande nichts, sondern schieben die Katastrophe bloss ein wenig hinaus. Die weitreichenden Folgen der Personenfreizügigkeit werden wir wohl erst in einigen Jahren so richtig zu spüren bekommen.

Zusammenarbeit mit Ost-Mafia

Mafiöse Ost-Länder drängen in die EU. EU-Bundesrätin Calmy-Rey verspricht unserem Volk 0,2 - 0,5 % "Wirtschaftswachstum" dank der freien Einwanderung von Osteuropäern. Sie verschweigt, dass nicht nur der Kuchen ein bisschen grösser wird, sondern vor allem mehr Esser kommen. Unser Land würde noch mehr übervölkert und verbetoniert! Und auch das Folgende soll erwähnt werden: In Osteuropa leben Millionen von Zigeunern. Die betreffenden Länder werden sich freuen, wenn sich möglichst viele davon auf den Weg zu uns machen. Italien kann ein Lied davon singen! Die wurden sofort nach der EU-Oeffnung von Zigeunern überfahren. Jetzt befinden wir Schweizerinnen und Schweizer über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien. Später wird wohl noch die



Türkei folgen! Wir erwarten eine noch grössere Flut kaum assimilierbarer Einwanderer. Der Islam lässt grüssen! Und was sind das für Länder – Bulgarien und Rumänien. Die EU blockierte dieser Tage die Finanzhilfe für Bulgarien und verwarnte Rumänien. In diesen Ländern wird Geld in mafiösen Kanälen zweckentfremdet. Die Justiz steckt mit der Wirtschaft und kriminellen Leuten unter einer Decke. Korruption, Vetternwirtschaft sind laut EU-Bericht an der Tagesordnung. Wenn die EU eine Notbremse zieht und denen kein Geld mehr schickt, dann ist wohl mehr als nur etwas faul. Und unsere schweizerischen Parlamentsmitglieder nun höflich dazu. Denn wir sollen ausgerechnet schweigen Personenfreizügigkeit auf diese beiden korrupten Länder Bulgarien und Rumänien ausdehnen. Das ist ja unglaublich. Man könnte es auch anders formulieren: Unsere Wirtschaft macht eine Kampagne für diese Länder, denn sie will die Verträge auch auf diese instabilen und undemokratischen Länder ausdehnen. Ausserdem zweifle ich nicht daran, dass das schweizerische Parlament dem Antrag zustimmen wird, dass unser Land diesen beiden Ländern 257 Millionen Franken sogenannter Aufbauhilfe schenken soll. Man nennt dies vornehm "Kohäsionsbeitrag". Und der Bundesrat wird nicht müde, zu erklären, dass man dann schon dafür sorgen werde, dass das Geld gut und sauber investiert werde. Diese Lügen glauben wir doch nach dem EU-Bericht nicht mehr. Wenn schon die EU die Finanzströme mit Rumänien und Bulgarien nicht mehr im Griff hat.

Jetzt Unterschriften sammeln

Darum müssen wir Unterschriften sammeln. Wir haben deshalb das Referendum gegen die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf Rumänien und Bulgarien und gegen die andern Ost-EU-Staaten ergriffen. Ich rufe Euch auf, kämpft mit uns. Sammelt Unterschriften. Wir werden diese gemeinsam zusammenbringen! Denkt daran, Umfragen sind wie Schall und Rauch. Bei solch sensiblen Themen zeigen viele Leute ihre Meinung nicht offen. Und gerade das ist unsere Stärke! Glauben wir selbstbewusst an unsere politische und wirtschaftliche Stärke. Jammern wir nicht wie die Befürworter es tun. Wir wollen mit den umliegenden Ländern selbstverständlich wie bisher eng weiter zusammenarbeiten. Aber wir lassen uns nicht zu einer Zustimmung zur Ost-Personenfreizügigkeit erpressen, wie das durch EU-Minister immer wieder versucht wird. Es liegt auch nicht im Interesse der EU, bereits bestehende andere Verträge mit der Schweiz zu kündigen. Dies würde die EU viel härter treffen als uns Schweizer. Man denke nur einmal an das Transitabkommen EU-Schweiz, ohne das es in den EU-Alpenländern zu einem wahren Strassenfiasko käme. Zudem will ich alle darauf aufmerksam machen, dass es bei dieser Ausmarchung auch um die Wahrung unserer Neutralität sowie die grösst-mögliche Unabhängigkeit und Freiheit unserer Heimat geht. Wir lassen uns von den Führern der EU und ihren willfährigen Helfern in unserem Lande, von Leuten welche sich an veralteten Konzepten und Weltbildern festklammern, keinen Maulkorb umbinden. Ich danke allen für die Aufmerksamkeit und wünsche trotz allen Widerwärtigkeiten dieser Zeit einen schönen Nationalfeiertag! Wir sind stolz, Schweizerinnen und Schweizer zu sein.

